

komba magazin

6

Gewerkschaft für den Kommunal- und Landesdienst

Juni 2022 – 24. Jahrgang

SuE-Aktionen im Tarifkonflikt Nach dem Aufbruch kam der Durchbruch



dbb Seiten
9 bis 48

Seite 4 <

Investitions-
rückstand:

Kommunale Ver-
waltungsgebäude
massiv betroffen

Seite 6 <

Inflation:

Herausforderung
für den Sozialstaat
und die Tarif-
vertragsparteien

Das Mehr-wert-Girokonto¹ der BBBank.

Mehr Vorteile. Mehr Beratung. Mehr Erfahrung.

50,^{Euro}-

Startguthaben für
dbb-Mitglieder und
ihre Angehörigen



Jetzt informieren

in Ihrer Filiale vor Ort,
per Telefon 0721 141-0,
E-Mail info@bbbbank.de
und auf www.bbbank.de/dbb



**dbb
vorsorgewerk**
günstig • fair • nah

BB



Bank

Better Banking

¹ Monatliches Kontoführungsentgelt i. H. v. 2,95 Euro bei Online-Überweisungen ohne Echtzeit-Überweisungen; girocard (Ausgabe einer Debitkarte) 11,95 Euro p. a.; Voraussetzungen: Gehalts-/Bezüge-eingang, Genossenschaftsanteil von 15,- Euro/Mitglied.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

der Sozial- und Erziehungsdienst geht mit gutem Beispiel voran. Das dort erzielte Tarifergebnis zeigt nämlich gleich aus mehreren Betrachtungswinkeln, dass Erfolge auch in schwierigen Zeiten möglich sind.

So ist mehr als deutlich geworden, dass eine Aktionsbereitschaft der von Tarifverhandlungen betroffenen Mitglieder eine zentrale Rolle spielt, um standardmäßige Blockadehaltungen der Arbeitgeber zu durchbrechen. Zunächst wird nämlich stets versucht, gewerkschaftliche Forderungen und Argumente kleinzureden. Bewegung kommt meist erst dann zustande, wenn die Arbeitgeber nicht mehr ignorieren können, dass die Beschäftigten hinter ihrer Gewerkschaft stehen und nicht mehr bereit sind, bisherige Arbeits- und Einkommensbedingungen zu akzeptieren.

Genau so war es im SuE-Tarifkonflikt. Nach mehreren Aktionsphasen, die aus zentralen und örtlichen Veranstaltungen bestanden und bei denen immer mehr Kolleginnen und Kollegen mitgemacht haben, haben die Arbeitgeber eingelenkt. Das sollte ein Ansporn sein auch für Kolleginnen und Kollegen, die einer Teilnahme an Aktionen bisher eher kritisch gegenüberstehen und diese vielleicht sogar als überkommenes Ritual ansehen. Denn wer sich an Aktionen beteiligt, nimmt nicht nur ein Grundrecht wahr, sondern leistet einen wichtigen Beitrag für die Durchsetzung eigener Interessen.

Auch inhaltlich lässt das SuE-Ergebnis aufmerken. Statt ausschließlich auf bessere Eingruppierungen zu setzen, von denen nur einige profitiert hätten und die bei den Arbeitgebern grundsätzlich auf Ablehnung stoßen, wurde eine Zulage durchgesetzt, von der viele Kolleginnen und Kollegen profitieren. Denn alle Berufsbilder des Sozial- und Erziehungsdienstes sind mit gestiegenen Anforderungen konfrontiert. Die Zulage hat mit 130 Euro beziehungsweise 180 Euro auch eine spürbare Größenordnung.

Der gestiegenen Belastung im Berufsalltag wurde mit zwei zusätzlichen freien Tagen Rechnung getragen. Ergänzend besteht die Möglichkeit, auch die Zulage in freie Arbeitstage umzuwandeln, sodass Beschäftigte ihre individuellen Wünsche – Freizeit oder Geld – umsetzen können. Weiterhin wurde eine wichtige Forderung der komba umgesetzt: die Honorierung der Praxisanleitung, die so wichtig ist, um auf qualifizierte Nachwuchskräfte zurückgreifen zu können.

Diese müssen natürlich zunächst gewonnen werden. Dafür schafft der Tarifabschluss ebenfalls eine bessere Ausgangslage. Wenn Stellen mit qualifizierten Kräften besetzt werden können, bedeutet das auch für Eltern Planungssicherheit und das gute Gefühl, dass ihre Kinder bestens betreut und gefördert werden. Dieser Zusammenhang konnte im Zuge des Tarifkonfliktes deutlich gemacht werden, sodass auch die Öffentlichkeit mehrheitlich hinter unseren Forderungen stand.

Das sollte branchenunabhängig auch bei künftigen Auseinandersetzungen mit Arbeitgebern angestrebt werden. Die Chancen stehen eigentlich gut: Denn letztendlich dient der gesamte öffentliche Dienst dem Allgemeinwohl. Nutzen wir gemeinsam unsere Möglichkeiten!

Ihre komba Bundesleitung

> Impressum

Herausgeber: Bundesleitung der komba gewerkschaft für den Kommunal- und Landesdienst, Friedrichstraße 169, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.4081687-0. **Telefax:** 030.4081687-9. **E-Mail:** bund@komba.de. **Internet:** <http://www.komba.de>. **Redaktion:** Silke Florijn (fl), Stefanie Frank (sf), Kai Tellkamp (kt), komba. **Fotos:** Friedhelm Windmüller/dbb, Gundula Vogel/Pixabay, Gerd Altmann/Pixabay. **Titelbild:** Friedhelm Windmüller/dbb. **Layout:** FDS, Geldern. **Anzeigen:** komba magazin: bildungs- und service GmbH, Steinfeld der Gasse 9, 50670 Köln. **Telefon:** 0221.135801. **Bezugsbedingungen:** Für Mitglieder der komba gewerkschaft ist der Verkaufspreis durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten. Für Nichtmitglieder beträgt der Abonnementpreis 16 Euro zzgl. Versandkosten.

Herausgeber der dbb Seiten: Bundesleitung des dbb beamtenbund und tarifunion – Bund der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und des privaten Dienstleistungssektors – Friedrichstr. 169, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.4081-40. **Telefax:** 030.4081-5598. **Internet:** www.dbb.de. **E-Mail:** magazin@dbb.de. **Leitende Redakteurin:** Christine Bonath (cri). **Redaktion:** Jan Brenner (br). **Gestaltung:** Benjamin Pohlmann. **Verlag:** DBB Verlag GmbH. **Internet:** www.dbbverlag.de. **E-Mail:** kontakt@dbbverlag.de. **Verlagsort und Bestellschrift:** Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40. **Herstellung:** L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern. **Layout:** Dominik Allartz. **Anzeigen:** DBB Verlag GmbH, Mediacenter, Dechenstr. 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0. **Telefax:** 02102.74023-99. **E-Mail:** mediacenter@dbbverlag.de. **Anzeigenleitung:** Petra Opitz-Hannen, **Telefon:** 02102.74023-715. **Anzeigenverkauf:** Andrea Franzen, **Telefon:** 02102.74023-714. **Anzeigendisposition:** Britta Urbanski, **Telefon:** 02102.74023-712. **Preisliste 63** (dbb magazin) vom 1.1.2022. **Druckauftrag:** dbb magazin: 553 921 (IVW 1/2022). **Anzeigenschluss:** 6 Wochen vor Erscheinen. **Beiträge und Leserbriefe:** Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Keine Haftung für unverlangte Einsendungen. Gedruckt auf Papier aus elementar-chlorfrei gebleichtem Zellstoff.

> komba

- > Erfolgreiche komba Arbeit: Gutes Ergebnis für den Sozial- und Erziehungsdienst 4
- > Investitionsrückstand: Kommunale Verwaltungsgebäude massiv betroffen 4
- > Inflation nimmt kein Ende: Herausforderung für den Sozialstaat und die Tarifvertragsparteien 6
- > komba Fachbereich Gesundheit und Pflege: Pflegebonus 2022 – nichts dazugelernt! 7
- > Neuwahlen: komba gratuliert gewählten Funktionsträgerinnen und -trägern 8
- > Europäische und nationale Aufgabe: Widerstandsfähigkeit öffentlicher Dienste verbessern 8

> dbb

- > Nachrichten 9
- > Kompromiss im Sozial- und Erziehungsdienst: Berufe aufgewertet, Personal entlastet 12
- > Joachim Herrmann, Vorsitzender der Innenministerkonferenz (IMK) 14
- > Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI): „Bleiben Sie ruhig, bleiben Sie wachsam!“ 16
- > Alexander Handschuh, Sprecher Deutscher Städte- und Gemeindebund (DStGB) 20
- > Fachkräftemangel: Höchste Zeit für Experimente! 21
- > SPRIND in Leipzig: Der Staat als Innovationstreiber – geht das? 22
- > Zensus 2022: Grundlage für demokratische Prozesse 24
- > Sozialwahlen 2023 27
- > 19. dbb bundesjugendtag: Grundlegende Modernisierung für den öffentlichen Dienst 28
- > Hauptversammlung: 60 Anträge für den Gewerkschaftstag 31
- > Frauen Studie: Familienpolitik vernachlässigt Alleinerziehende 32
- > Service 38
- > Gemeinsames Krisenpaket als Zeichen 42
- > Konferenz zur Zukunft Europas Dialog stärkt Europäische Union 46

Erfolgreiche komba Arbeit

Gutes Ergebnis für den Sozial- und Erziehungsdienst

Mit großem Engagement auf der Straße und am Verhandlungstisch hat die komba einen maßgeblichen Beitrag zum Tarifergebnis für den Sozial- und Erziehungsdienst geleistet.



© Friedhelm Windmüller/dbb (2)

> Maßgebend bei den SuE-Tarifverhandlungen: komba Bundesvorsitzender Andreas Hemsing als dbb Verhandlungsführer sowie die stellvertretende komba Bundesvorsitzende Sandra van Heemskerck



> Die komba hat den Arbeitgebern auch am Verhandlungsort ihre Streikbereitschaft bewiesen.

Nach zwei ergebnislosen Verhandlungsrunden und zunächst auch in der dritten Verhandlungsrunde sah es so aus, als würden die Arbeitgeber stur bleiben. Letztendlich konnten sie sich aber nicht mehr unseren Argumenten verschließen, deren Gewicht durch die große Aktionsbereitschaft der betroffenen Beschäftigten erheblich gesteigert wurde. So wurde ein positiver Kompromiss durchgesetzt, der sowohl eine finanzielle Aufwertung der Berufsbilder als auch eine Entlastung der Beschäftigten beinhaltet. „Das war überfällig und ist mehr als verdient“, sind sich **Andreas Hemsing** und **Sandra van Heemskerck** einig. Weitere Informationen im Vorwort sowie auf den dbb Seiten.

(kt)

Investitionsrückstand

Kommunale Verwaltungsgebäude massiv betroffen

Laut Kommunalpanel 2022 der KfW haben die öffentlichen Verwaltungsgebäude mit bundesweit fast zehn Milliarden Euro einen hohen Anteil am kommunalen Investitionsrückstand.

Tatsächlich finden sich viele Beschäftigte in Büroräumen wieder, die noch immer eher an die 1980er-Jahre erinnern, als eine Basis für Innovation darzustellen. „Dieser Investitionsstau sollte schnellstens aufgelöst werden“, warnt der stellvertretende komba Bundesvorsitzende **Kai Tellkamp**. „Denn ein attraktives Arbeitsumfeld trägt maßgeblich dazu bei, dass sich die Beschäftigten wohlfühlen und gute Arbeit leisten.“

Aus Sicht der komba darf durch aktuelle Entwicklungen nicht noch ein Fehler draufgesetzt

werden – indem nämlich in der verstärkten Nutzung von Homeoffice vorrangig eine Möglichkeit gesehen wird, weitere Einsparungen im Bereich der Verwaltungsgebäude vorzunehmen. Die Rechnung „weniger Präsenzzeiten = weniger Flächenbedarf = weniger Kosten“ geht nämlich nicht ohne Weiteres auf. Wenn das Platzangebot in modernisierungsbedürftigen Gebäuden reduziert wird, kommen zu den modernisierungsbedürftigen Verhältnissen beengte hinzu.

Eine Neuaufstellung muss deshalb ein schlüssiges Gesamt-

konzept zum Gegenstand haben. Moderne Arbeitsformen und -bedingungen müssen mit einem ansprechenden Platzangebot einhergehen. Dabei wird sich herausstellen, dass der Raumbedarf häufig nicht nennenswert sinkt. Das liegt daran, dass der Platz meistens schon jetzt alles andere als großzügig bemessen ist. Hinzu kommt, dass unterschiedliche Befindlichkeiten der Beschäftigten berücksichtigt werden sollten. Der Verlust eines festen eigenen Arbeitsplatzes kann auch mit einem Identifikationsverlust einhergehen oder Konfliktpotenzial

freilegen, wenn es mit dem Aufteilen nicht richtig funktioniert.

Diese Aspekte müssen beachtet werden, damit Homeoffice auch für die Beschäftigten wirklich zu einer Attraktivitätssteigerung der Arbeitsbedingungen führt. In diesem Zusammenhang müssen wir aber auch an die vielen Kolleginnen und Kollegen denken, die nicht im Homeoffice arbeiten können oder wollen – auch diese erwarten zu Recht attraktive Arbeitsbedingungen. Eine Spaltung der Belegschaft darf nicht provoziert werden. (kt)

Wir feiern euch. Seit 150 Jahren.

Spezialist für den Öffentlichen Dienst. **IDBV**

150 JAHRE

**Sie geben alles.
Wir geben alles für Sie.**

Gemeinschaft macht stark.
Wir bedanken uns bei allen Kundinnen und Kunden für die enge Verbundenheit und 150 Jahre voller Vertrauen und Partnerschaft. Wir sind an Ihrer Seite. Mit der ganzen Stärke unserer Erfahrung. Bestens aufgestellt für die Herausforderungen unserer Zeit. Jetzt und in Zukunft.
dbv.de/150jahre

Empfohlen vom



**dbb
vorsorgewerk**
günstig • fair • nah



Eine Marke der AXA Gruppe



Inflation nimmt kein Ende Herausforderung für den Sozialstaat und die Tarifvertragsparteien



© Gündula Vogel/Pixabay

Die Experten mussten ihre Einschätzung korrigieren: Noch Anfang des Jahres hieß es, die hohe Inflation sei eine vorübergehende Erscheinung, die Preisentwicklung würde sich zügig wieder normalisieren. Doch inzwischen bezweifelt niemand mehr, dass die problematische Situation länger andauert.

Denn es ist eben nicht so, dass die hohe Inflation vor allem auf die mit Beginn des Jahres ausgelaufene Mehrwertsteuerreduzierung zurückzuführen ist. Auch der Krieg in der Ukraine ist nicht der einzige weitere Grund, auch wenn der menschenverachtende Angriff auf die Ukraine länger andauert, als vermutet.

■ Blick auf die Wirtschaft

Wir dürfen nicht vergessen, dass auch die Coronakrise noch nicht vorbei ist und dass Reaktionen darauf nachwirken. Das betrifft zum Beispiel den Transport von Waren, die für hiesige Produktionen benötigt werden. Produkte werden knapper und damit teurer. So hat die „Null-COVID-Strategie“ in China zu einem dramatischen Containerstau in Shanghai geführt, der nicht kurzfristig aufgelöst werden kann. Wenn es wieder losgeht, wird sich der Stau nach Rotterdam und Hamburg verlagern, wo die Abarbeitung der aufgestauten Warenmengen ebenfalls viel Zeit in Anspruch nehmen wird. Dann müssen die Waren natürlich noch von den Häfen zu den endgültigen Zielorten. Die dafür benötigten Transportkapazitäten stehen ganz

sicher nicht auf einmal zur Verfügung – benötigt werden nicht nur Lkws, sondern auch Lkw-Fahrerinnen und -Fahrer – und daran mangelt es bekanntlich ohnehin schon.

Dabei ist der Fachkräftemangel, den wir auch im öffentlichen Dienst erheblich zu spüren bekommen, ein übergreifendes Problem in fast allen Wirtschaftszweigen. Auch hier sind Produktionsverzögerungen die Folge, die wiederum zu Warenknappheit und höheren Preisen führen. Eine weitere Folge des Fachkräftemangels sind steigende Lohnkosten, denn allseits gesuchte Fachleute können einfacher höhere Löhne durchsetzen, die sich letztendlich in den Preisen widerspiegeln. Hinzu kommt die Anhebung des Mindestlohnes, die in den betroffenen Branchen den gleichen Mechanismus auslöst.

Explodierende Baukosten sind ein klassisches Beispiel für explodierende Preise. Zu den beschriebenen Auslösern (Lieferengpässe, Fachkräftemangel) kommen ergänzende Bauvorgaben hinzu – Klimaschutz gibt es eben nicht zum Nulltarif.

Noch einmal kurz zurück zum Krieg in der Ukraine: Wenn die-

ser nämlich – hoffentlich schnell – beendet ist, werden die preistreibenden Wirkungen nicht gleichzeitig einfach verschwunden sein. Die zerstörte Infrastruktur wird dort die Produktion und den Warenverkehr weiter erheblich behindern. Während aus der Ukraine also nichts raus kann, ist es mit Russland so, dass nichts raus darf. Die Sanktionen werden bis auf Weiteres bestehen bleiben.

■ Wer soll es richten?

Steigende Preise führen natürlich zu entsprechenden Wünschen beim Einkommen, um die Lebenshaltungskosten weiterhin bestreiten und den Lebensstandard halten zu können. Einfluss auf das verfügbare Einkommen haben zwei Faktoren: zum einen die Höhe des Bruttoeinkommens, welches grundsätzlich von den Tarifvertragsparteien ausgehandelt wird. Zum anderen der Umfang der Abgaben, die vom Staat festgelegt werden. Auf keinen Fall dürfen sachgerechte Reaktionen auf die Inflation nicht allein auf die Tarifvertragsparteien abgewälzt werden. Auch der (Sozial-)Staat ist gefordert, insbesondere um Geringverdienende vor dem sozialen Abstieg zu schützen.

Ob die eingeleiteten Maßnahmen (zum Beispiel Einmalzahlung für Sozialleistungsempfängerinnen und -empfänger, Energiepreispauschale, Kinderbonus, Senkung der Besteuerung von Kraftstoff, günstiges Nahverkehrsticket, Anhebung des Grundfreibetrages, Wegfall der EEG-Umlage) ausreichen, darf bezweifelt werden, zumal sie teilweise befristet sind oder sogar nur einen Einmaleffekt haben. Auf der anderen Seite darf nicht ausgeblendet werden, dass staatliche Mindererinnahmen die Frage nach der Finanzierung öffentlicher Dienstleistungen – einschließlich des Personals – aufwerfen.

Es ist eine wichtige gewerkschaftliche Aufgabe, an dem Gefüge der gesetzgeberischen Maßnahmen mitzuwirken, indem Positionen entwickelt und vertreten werden. Zudem müssen natürlich sachgerechte Ergebnisse bei Tarifverhandlungen erstritten werden. Die komba gewerkschaft wird diese Aufgaben gemeinsam mit dem dbb anpacken. Die nächste Einkommensrunde für den öffentlichen Dienst ist bereits in Sichtweite: Die Mindestlaufzeit der Einkommenstabellen bei Bund und Kommunen endet am 31. Dezember 2022. (kt)

komba Fachbereich Gesundheit und Pflege: Pflegebonus 2022 – nichts dazugelernt!

Die Probleme mit den verschiedenen Varianten von Coronasonderzahlungen haben wir bereits in der letzten Ausgabe des komba magazins beleuchtet. Bei dem inzwischen beschlossenen Pflegebonus sehen wir uns in unserer Kritik bestätigt.

Bei der Aufteilung des Finanzvolumens von sage und schreibe einer Milliarde Euro werden nämlich zahlreiche Beschäftigte in Krankenhäusern leer ausgehen, weil bezogen auf die Einrichtungen und auf die Tätigkeit coronaspezifische Mindestanforderungen festgelegt wurden. Während in der Altenpflege alle Beschäftigten einen Bonus erhalten, fallen in den Krankenhäusern beispielsweise Beschäftigte in Funktionsabteilungen, Hilfs- und Assistenzkräfte, Reinigungs-, Service- und Empfangspersonal sowie Handwerkerinnen und Handwerker, teilweise auch ganze

Häuser, hinten runter. Andererseits kann sich eine Stichtagsregelung nachteilig für Beschäftigte in der Altenpflege auswirken.

„Zu Recht wird die ungleiche Behandlung der Professionen und Tätigkeiten zu viel Unverständnis und Ärger unter den Beschäftigten in der Alten- und Krankenpflege führen“, befürchtet **André Volmer**, Vorsitzender des komba Fachbereichs Gesundheit und Pflege. Aus Sicht der komba gewerkschaft ist die differenzierende Bonusregelung, insbesondere in Zeiten des Fachkräftemangels

und der schwierigen Arbeits- und Rahmenbedingungen in der Pflege, ein falsches und vor allem demotivierendes Signal.

Wer sich über die jeweiligen gesetzlichen Voraussetzungen für den Pflegebonus im Detail informieren möchte, kann auf die vom komba Fachbereich Gesundheit und Pflege herausgegebene Mitglieder-Info 04/2022 „Pflegebonus 2022 – Politik hat letzte Chance nicht genutzt“ zurückgreifen. (kt)



© Cerd Altmann/Pixabay

dbb autoabo
Eine Rate. Alles drin

Die entspannte Mobilitätslösung.
Eine Rate. Alles drin. Kurze Laufzeit.



Fiat 500-e Icon

ab **299 €***
monatl. All-Inclusive-Rate

- Automatik
- Elektro

Ausstattung: Navigationssystem, Einparkhilfe hinten, Tempomat, Freisprecheinrichtung (Bluetooth), Licht- u. Regensensor, Zentralverriegelung mit Funk, elektrische Fensterheber, Klimaautomatik, DAB-Radio, Sitzheizung, Apple CarPlay/Android Auto, Rückfahrkamera, Keyless (schlüsselloser Zugang), Kollisionsswarmer, Müdigkeitserkennung, Notbremsassistent, Spurhalteassistent, **Batteriekapazität: 42,0 kWh, elektr. Reichweite: 312 km.**

Inklusive Werksfracht, Wartung, Kfz-Steuer, Kfz-Versicherung und jahreszeitgerechte Bereifung.

Ihre Vorteile



Ganz flexibel
Kurze Vertragslaufzeiten zwischen 6 und 24 Monaten.



Freie Auswahl
Ob SUV, Kombi oder Kleinwagen – flexibel in jeder Lebenssituation.



Eine Rate. Alles drin.
Niedrige Monatsraten inklusive Kfz-Versicherung, Kfz-Steuer, jahreszeitgerechte Bereifung, Wartung und Werksfracht.



Einfach schlau
Fahrzeug mit voller Werksgarantie. Keine Kosten für HU/AU oder Altersreparaturen.



Null Euro
Keine Anzahlung – keine Schlussrate.



Alles easy
Einfache Abwicklung, supergünstige Raten. Autofahren auf die entspannte Art.

Entdecken Sie **online** weitere **Fahrzeugangebote** und **Antriebsarten**

Ein Angebot des **dbb vorteilsClub**.
Registrieren Sie sich jetzt unter:
www.dbb-vorteilswelt.de/autoabo

* Fahrzeugzulassung auf die Fleetpool GmbH oder einen Kooperationspartner; Abwicklung über die Fleetpool GmbH; Mindestalter bei Vertragsabschluss 21 Jahre; Kfz-Versicherung: Vollkasko 500 € SB/Teilkasko 300 € SB; Preis für Mehrkilometer: 0,19 €/km bis 2.500 km, ab 2.501 km 0,29 €/km; Minderkilometer werden nicht vergütet; Die Lieferzeiten können je nach Standort variieren; Abbildungen sind beispielhaft und können Sonderausstattung zeigen; Änderungen vorbehalten; Einmalige Zulassungspauschale von 89,- €, All-Inclusive-Rate inklusive Werksfrachtkosten, Kfz-Versicherung (Vollkasko/Teilkasko und Kfz-Haftpflicht), Kfz-Steuer und Wartung bis zur vertraglich vereinbarten Freikilometergrenze; Alle Preise inklusive gesetzl. MwSt.; CO₂-Emissionen siehe www.dat.de; Begrenzte Stückzahl; Bonität vorausgesetzt; Es gelten die AGB der Fleetpool GmbH; Speziell für dbb-Mitglieder und ihre Angehörigen.

Neuwahlen

komba gratuliert gewählten Funktionsträgerinnen und -trägern

Auf verschiedensten Ebenen wurden engagierte komba Mitglieder in wichtige Ehrenämter der Gewerkschafts- und Verbandsarbeit gewählt.

Bei der komba Landesgewerkschaft Sachsen-Anhalt wurde der Landesvorstand mit **Bettina Fügemann** als Landesvorsitzende bestätigt. Die Interessenvertretung des Rettungsdienstes ist dort zu einem besonderen Markenzeichen geworden.

Der Delegiertentag des vdl – die der komba angehörende Fachgewerkschaft für Landesbeschäftigte in Nordrhein-Westfalen – hat ebenfalls ihren bis-

herigen Vorsitzenden, **Himmet Ertürk**, wiedergewählt.

Wahlen gab es auch beim Bundesverband der Lebensmittelkontrolleure (BVLK), der eng und erfolgreich mit der komba gewerkschaft zusammenarbeitet. **Maik Maschke** wurde zum neuen Bundesvorsitzenden gewählt. Er löst **Anja Tittes** ab, die nicht erneut kandidierte und in Anerkennung ihrer 16 Jahre andauernden Mitarbeit im

Bundesvorstand zur Ehrenvorsitzenden gewählt wurde.

Der dbb bundesjugendtag, über dessen Vorbereitung durch den komba Bundesjugendausschuss wir in der letzten Ausgabe des komba magazins berichtet haben, hat erneut ein komba Mitglied an die Spitze der dbb jugend gewählt: **Matthäus Frandrejewski** übernimmt die Funktion von **Karoline Herrmann**, die das Amt seit 2017 innehatte und mit großer Anerkennung für ihre erfolgreiche Arbeit verabschiedet wurde. Neben **Frandrejewski**, der auch Vor-

sitzender der CESI Youth, der Jugendorganisation des europäischen dbb Dachverbands CESI, ist, wurde mit **Daria Abramow** ein weiteres komba Mitglied in die dbb bundesjugendleitung gewählt. Weitere Informationen zum dbb bundesjugendtag finden sich im digitalen Jugendmagazin tacheles und auf den dbb Seiten des komba magazins.

komba Bundesvorsitzender **Andreas Hemsing** gratulierte allen gewählten Kolleginnen und Kollegen im Namen der komba Bundesleitung.

(kt)

Europäische und nationale Aufgabe

Widerstandsfähigkeit öffentlicher Dienste verbessern

Die vergangenen Monate haben gezeigt: Krisen sind unvorhersehbar, sie können jederzeit auftreten – Pandemien, extreme Wetterbedingungen, Cyberangriffe, aber auch Terroranschläge oder sogar Krieg.

Der öffentliche Dienst spielt eine wesentliche Rolle bei der Krisenbewältigung. Deshalb muss er gewappnet sein und reagieren können. Dabei geht es um den Schutz der Bevölkerung und um die Sicherstellung der Funktionsfähigkeit öffentlicher Dienste einschließlich der kritischen Infrastruktur. An zwei Beispielen verdeutlichen wir Reaktionen auf die aktuelle Bewusstseinsbildung.

■ EU-Mitgliedstaaten sollen Strategien entwickeln

Der Umgang mit Krisen hat zweifellos auch eine europäische Dimension. Deshalb ist

zu begrüßen, dass eine aktualisierte EU-Richtlinie zur Erhöhung der Widerstandsfähigkeit kritischer Einrichtungen vorgesehen ist. Sie zielt darauf ab, die Anfälligkeit in neun Bereichen zu verringern: Energie, Verkehr, Banken, Finanzmarktinfrastuktur, Gesundheit, Trinkwasser, Abwasser, digitale Infrastruktur und Weltraum. Vom Weltraum abgesehen sind also insbesondere kommunale Aufgabengebiete betroffen.

Konkret sollen die Mitgliedstaaten dafür sorgen, entsprechende Einrichtungen zu identifizieren, relevante Risiken zu ermitteln, geeignete Maßnahmen zur Stärkung der Widerstandsfähigkeit zu ergreifen und den zuständigen Behörden Störfälle zu melden. Die Schaffung eines unionsweiten Rahmens soll zur Stabilität der europäischen gesellschaftlichen Ordnung beitragen.

■ Gemeinsames Kompetenzzentrum Bevölkerungsschutz

Zusammenarbeit ist nicht nur zwischen den EU-Ländern, sondern auch auf nationaler Ebene zwischen dem Bund und den Bundesländern gefragt. So bauen Bund und Länder ein gemeinsames Kompetenzzentrum Bevölkerungsschutz auf. Ziel ist es, die Abstimmung der unterschiedlichen Beteiligten im Bevölkerungsschutz zu verbessern und eine gemeinsame Kooperationsplattform zu schaffen. Dies soll sich positiv auswirken auf das Risiko- und Krisenmanagement und damit auf die Prävention und das Einsatzgeschehen.

In dem Kompetenzzentrum, dem eine Verwaltungsvereinbarung zwischen Bund und Ländern zugrunde liegt, werden sowohl Beschäftigte des Bundes als auch der Länder tätig sein. Ergänzend sollen weitere

im Bevölkerungsschutz tätige Stellen, insbesondere die kommunale Ebene, mitwirken.

■ komba Position

Wir begrüßen, dass den zunehmenden Bedrohungsszenarien und dem hohen Stellenwert öffentlicher Aufgaben durch entsprechende Maßnahmen Rechnung getragen werden soll. Es wird sich zeigen, ob sie fruchten oder die Effektivität durch weiterhin ausbleibende Anpassungen im komplexen Zuständigkeitsgefüge ausgebremst wird. So hat das geplante Kompetenzzentrum weder eine Behördenfunktion noch Weisungsrechte. Ungeachtet dessen gilt: Ein unerlässlicher Beitrag zur Widerstandsfähigkeit kritischer Infrastruktur bleibt die Überwindung von Mängeln in der Personal- und Sachausstattung – sowohl in den betroffenen Bereichen selbst als auch im Bevölkerungsschutz. (kt)